

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 90

DIENSTAG, DEN 17. NOVEMBER

2015

## Inhalt:

|                                                                                                                                                                                          | Seite |                                                       | Seite |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-------------------------------------------------------|-------|
| Sitzung der Bürgerschaft . . . . .                                                                                                                                                       | 1913  | Einleitung eines Erhaltungsverordnungs-Verfahrens     | 1914  |
| Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht . . . . . | 1913  | Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung . . . . . | 1914  |

## BEKANNTMACHUNGEN

### Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am Mittwoch, dem 25. November 2015, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 17. November 2015

**Die Bürgerschaftskanzlei**

Amtl. Anz. S. 1913

### Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Holborn Europa Raffinerie (HER) hat bei der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, einen Antrag auf erneute Erteilung einer Wasserrechtlichen Erlaubnis zur Grundwasserförderung aus zwei bestehenden und einem neu zu errichtenden Tiefbrunnen gestellt. Die beantragte Grundwasserfördermenge beträgt unverändert 1 400 000 m<sup>3</sup>/a, der neue Brunnen soll einen in seiner Leis-

tung nachlassenden Brunnen ersetzen. Die bereits seit über 50 Jahren betriebene Grundwassernutzung aus dem Wasserleiter der Oberen Braunkohlensande dient der Raffinerie zur Dampferzeugung sowie zur Herstellung von Wasserstoff. Die Grundwasserförderung stellt in diesem Umfang ein Vorhaben nach Punkt 13.3.2 Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVP wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung abgesehen. Von dem Vorhaben gehen nach Einschätzung der Behörde für Umwelt und Energie auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen aus. Die Begründung hierzu ist bei der Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Umweltschutz, Wasserwirtschaft, U 12, nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich. Das Absehen von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 11. November 2015

**Die Behörde für Umwelt und Energie**

Amtl. Anz. S. 1913

## Einleitung eines Erhaltungsverordnungs-Verfahrens

Das Bezirksamt Hamburg-Nord beschließt nach § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), für das Gebiet „Birkenau“ zwischen den Straßenzügen Hartwicusstraße, Mundsburger Damm, Lerchenfeld, Eilenau und Schürbeker Straße eine Erhaltungsverordnung aufzustellen.

Eine Karte, in der das Gebiet farbig angelegt ist, kann im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Gebiet im Bezirk Hamburg-Nord, Stadtteile Uhlenhorst/Hohenfelde, Gemarkung Hohenfelde (0455), Ortsteile 415 und 417, wird wie folgt begrenzt:

Nordostgrenzen der Flurstücke 1499 (Friedrich-Schütter-Platz), 1411 (U-Bahnhof Mundsburg), 438 (Straßenflurstück Schürbeker Bogen), 782 (Grünfläche/Kinderspielplatz), 777 (Straßenflurstück Birkenau), 804, 805, 806, 807, 808, 778 (Straßenflurstück Immenhof) und 1403 (Grünfläche) südwestlich der Straße Lerchenfeld, über das Flurstück 357 (Wasserfläche Kuhmühlenteich), Westgrenze des Flurstücks 755 (Straßenflurstück Wartenau), über das Flurstück 358 (Straßenflurstück Eilenau), entlang der oberen Böschungskante am Kuhmühlenteich (Begrenzung des Denkmalensembles Nummer 22308 Denkmal-Liste), Westgrenzen der Flurstücke 358 (Straßenflurstück Eilenau), 357 (Wasserfläche Kuhmühlenteich) und 1403 (Grünfläche), über das Flurstück 1498 (Straßenflurstück Schürbeker Straße), Südostgrenze des Flurstücks 1071, Südgrenzen der Flurstücke 1072, 1089, 1241, 1093, 1057, 926 und 927 nördlich der Hartwicusstraße, Südwestgrenze des Flurstücks 927, Nordwestgrenzen der Flurstücke 927, 928, 954, 1099, 117, 725, 930 (Straßenflurstück Immenhof), 605, 1219, 605, 932 (Straßenflurstück Birkenau) und 933 nordwestlich des Mundsburger Damm, über das Flurstück 1493 (Straßenflurstück Mundsburger Damm), Nordwestgrenze des Flurstücks 1499 (Friedrich-Schütter-Platz).

In diesem Gebiet sollen Genehmigungen für die Errichtung, den Rückbau, die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen aus besonderen Gründen des § 172 Absatz 3 BauGB versagt werden können.

Die baulichen Anlagen in dem Gebiet sollen erhalten bleiben, weil sie allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild und die Stadtgestalt in diesen Teilbereichen der Stadtteile Uhlenhorst und Hohenfelde prägen und von städtebaulicher und geschichtlicher Bedeutung sind.

Hamburg, den 9. November 2015

**Das Bezirksamt Hamburg-Nord**

Amtl. Anz. S. 1914

## Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung

Die Handelskammer Hamburg stellt mit dieser Bekanntmachung ein Schriftstück (Bescheid vom 9. Januar 2015, Aktenzeichen: GVI//2015/01; Widerruf der nach § 34 d Absatz 1 GewO erteilten Erlaubnis vom 25. November 2008; Löschung aus dem Versicherungsvermittlerregister) an Herrn Jens Assmann, letzte bekannte Anschrift: Sievekingsallee 76, 20535 Hamburg, gemäß § 1 Absatz 1 des Hamburgischen Verwaltungszustellungsgesetzes in Verbindung mit § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes öffentlich zu. Wegen der nicht zu ermittelnden Anschrift des vorgenannten Adressaten ist eine Zustellung auf andere Art nicht möglich. Das Schriftstück kann in der Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1, Raum 268 (II. Etage), 20457 Hamburg, während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. Durch diese Bekanntmachung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste eintreten können.

Hamburg, den 11. November 2015

**Handelskammer Hamburg**

Amtl. Anz. S. 1914

# ANZEIGENTEIL

## Behördliche Mitteilungen

### Öffentliche Ausschreibung

**Vergabenummer: 15 A 0459**

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42-200,  
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92-1200  
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabe: 15 A 0459

**Maler- und Lackierarbeiten**

Maßnahme: 84114 B 2015 BBN HSU/DOK  
Douaumont-Kaserne

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:

Kein elektronisches Vergabeverfahren

d) Art des Auftrages:

**Ausführen von Bauleistungen**

e) Ort der Ausführung:

Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Ca. 2.350 m<sup>2</sup> Überholungsbeschichtungen an Akustikdecken; ca. 415 m Überholungsbeschichtungen an Metallstützen mit untersch. Querschnitten; ca. 280 m Stahlgeländer überarbeiten; ca. 397 m<sup>2</sup> Überholungsanstrieche an Wand- und Deckenflächen im Treppenhaus; ca. 106 m<sup>2</sup> Fußbodenbeschichtungen im Treppenhaus;

- Rollgerüst- und Fassadengerüstgestellungen für vorgenannte Arbeiten, Arbeitshöhe bis 6,75 m.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:  
Beginn der Ausführung: in der 52 KW 2015  
Fertigstellung der Leistung: in der 23 KW 2016
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:  
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de  
Bewerbungsschluss: 26. November 2015  
Versand der Verdingungsunterlagen: 2. Dezember 2015
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:  
Höhe der Kosten: 7,- Euro  
Zahlungsweise: Banküberweisung  
Empfänger: siehe Buchstabe a)  
Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,  
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse  
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333  
BIC-Code: HASPDEHHXXX  
Verwendungszweck:  
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0459  
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.  
Hinweis:  
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
  - gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
  - das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
- Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:  
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:  
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:  
17. Dezember 2015, 10.00 Uhr  
Ort: siehe Buchstabe a)  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:  
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Nachweise zur Eignung:

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 18. Januar 2016

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450

- x) Sonstige Angaben:

**Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de**

Hamburg, den 11. November 2015

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
– Bundesbaubehörde –**

926

#### **Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)**

### **ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,  
Landesbetrieb Immobilienmanagement  
und Grundvermögen – LIG

Postanschrift:

vertreten durch die  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
Amt für Bauordnung und Hochbau,  
ABH 44 – Hochbaudienststelle,  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

- Kontaktstelle(n):  
Zu Händen von: Vergabestelle  
Telefax: +49/040/4 27 31 - 05 27  
Weitere Auskünfte erteilen:  
die oben genannten Kontaktstellen  
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:  
die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**  
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

## ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:  
Hamburg Heiligengeistfeld  
Neuausstattung Elektroversorgung
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:  
Bauftrag  
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg  
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):  
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
Die elektrische Energieversorgung auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg soll komplett neu erstellt werden. Die Elektroanlage erhält einen EVU Anschluss von 10 MVA.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)  
Hauptgegenstand: 45315300
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)  
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) Lose  
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote  
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
Die wesentlichen Leistungen für die Lieferung und Montage sind:  
Mittelspannung:  
MSHV 10 kV 22 Felder, 1.600 kVA + 3x 630 kVA  
MS-Trafo, 19 Kompaktrafostationen 630kVA  
Außenaufstellung mit NS, Netzberechnung, hohe Verfügbarkeit, 13 km MS-Kabel Einleiter 240 mm<sup>2</sup>.  
Niederspannung:  
11,5m NSHV bis 3200A, 87 Kleinverteilungen unterirdisch bis 400A, 50 km Starkstromkabel bis 240 mm<sup>2</sup>.  
Erd- und Tiefbau:  
87 Betonkabelschächte begehbar lichte Höhe mindestens 2 m, 12 km Kabelgräben bis 3 m Tiefe, 23 km Leerrohre, zugehörige Erdarbeiten und Wiederherstellung der Oberflächen aus Grand und Asphalt 12.000 m<sup>2</sup>.  
Bauzeit innerhalb 1 Jahr in 3 Teilabschnitten in den DOM-Pausen plus 7 Jahre in 14 DOM-Pausen für Baustelleneinrichtung und Schachtanpassungen an neue Geländehöhen.
- II.2.2) Angaben zu Optionen:  
Optionen: nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung  
Laufzeit: 96 Monate ab Auftragsvergabe

## ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:  
Siehe spätere Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:  
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

**III.2) Teilnahmebedingungen****III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. IV.3.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z. B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/ folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Des weiteren ist eine Erklärung des anderen Unternehmens vorzulegen, mit dem dieses sich verpflichtet, für den Fall der Auftragserteilung an die Bewerberin bzw. den Bewerber, genau anzugebende Leistungen zu erbringen. Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOB sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

- Bescheinigung Berufsgenossenschaft
- Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt
- Freistellungsbescheinigung Finanzamt
- Bescheinigung Krankenkasse
- Eintrag Handelsregister/Berufsregister
- Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 6 EG Abs.4 vorliegen.

**III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- (1) Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung
- (2) Umsatz in den letzten 3 Jahren für vergleichbare Dienstleistungen

- a) Umsatz Mittelspannungsanlagen
- b) Umsatz Niederspannungsanlagen
- c) Umsatz Erd- und Tiefbau

Definition vergleichbare Leistungen – wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Als vergleichbare Leistungen werden folgende Leistungen angesehen:

Zu a) Ausführung Mittelspannungsanlagen.

Zu b) Ausführung Niederspannungs- und Energieversorgungsanlage.

Zu c) Ausführung Erd- und Tiefbau, Wiederherstellung der Oberflächen Grand und Asphalt für Straßenverkehr.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Als Umsatz der vergleichbaren Leistungen ist der Netto-Umsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (2012, 2013, 2014) anzugeben.

**III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(1) Referenzen für vergleichbare Leistungen in den letzten 3 Jahren einschl. Bescheinigung der Auftraggeber über die Erbringung.

- a) Ausführung Mittelspannungsanlagen
- b) Ausführung Niederspannungsanlagen
- c) Ausführung Erd- und Tiefbau

Als vergleichbare Leistungen werden folgende Leistungen angesehen:

Zu a) Ausführung Mittelspannungsanlagen.

Zu b) Ausführung Niederspannungs- und Energieversorgungsanlage.

Zu c) Ausführung Erd- und Tiefbau, Wiederherstellung der Oberflächen Grand und Asphalt für Strassenverkehr.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Referenzen für vergleichbare Leistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren:

Zu a), b), c): Je 3 vergleichbare Referenzen für jedes nachfolgend genannte Fachgebiet:

- Nachweis für den/die Projektleiter/-in und stellvertretendem Projektleiter/-in.
- Persönliche Qualifikation.
- Nachweis der Berufserfahrungen durch formlose Projektaufstellung der letzten 3 Jahre zum Nachweis von erbrachten vergleichbaren Leistungen.

**III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –****III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge****III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

**III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN****IV.1) Verfahrensart****IV.1.1) Verfahrensart: Nichtoffen****IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:**

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Gem. Ziff. III 2.1), III 2.2) und III 2.3). Die am besten geeigneten Bewerber (mind. 3 max. 5) erhalten nach Auswertung der Teilnahmeanträge detaillierte Ausschreibungsunterlagen und werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die übrigen Bewerber erhalten eine Information über die Nichtberücksichtigung im weiteren Vergabeverfahren.

- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
ÖT-ABH4-393/15

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein

- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

- IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

4. Dezember 2015, 9.30 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

**ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Fragen zum Teilnahmewettbewerb sind schriftlich per E-Mail an die Adresse „eroeffnungs-

stelle@bsw.hamburg.de“ zu richten. Der Teilnahmeantrag ist schriftlich in Papierform im A4-Ordner mit Register einzureichen. Der Umschlag mit dem Teilnahmeantrag ist außen mit dem Hinweis „ÖT-ABH4-393-15-Heiligengeistfeld-Neuausstattung Elektroversorgung“ zu versehen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,  
Vergabekammer der  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland  
Telefax: +49/40/42840-2039

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

3. November 2015

**ANHANG A**

**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen: –**

- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:**

- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland

Kontaktstelle:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
Eröffnungsstelle Zimmer E.01.421

Zu Händen von Vergabestelle

Hamburg, den 9. November 2015

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen** 927

**Auftragsbekanntmachung  
(Richtlinie 2004/18/EG)**

**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**  
 Offizielle Bezeichnung:  
 Freie und Hansestadt Hamburg,  
 Landesbetrieb Immobilienmanagement  
 und Grundvermögen – LIG  
 Postanschrift:  
 vertreten durch die  
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
 Amt für Bauordnung und Hochbau,  
 ABH 44 – Hochbaudienststelle,  
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg  
 Kontaktstelle(n):  
 Zu Händen von: Vergabestelle  
 Telefax: +49/040/427 31 -05 27  
 Weitere Auskünfte erteilen:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen  
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerbli-  
 chen Dialog und ein dynamisches Beschaffungs-  
 system) verschicken:  
 die oben genannten Kontaktstellen  
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten  
 an:  
 siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**  
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentli-  
 cher Auftraggeber**  
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-  
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen  
 Auftraggeber:  
 Hamburg Heiligengeistfeld  
 Kampfmittelsondierung und -räumung
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Liefe-  
 rung bzw. Dienstleistung:  
 Bauauftrag  
 Ausführung  
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienst-  
 leistungserbringung: Hamburg  
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-  
 vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-  
 fungssystem (DBS):  
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen  
 Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-  
 fungsvorhabens:  
 Im Zuge von Sanierungsmaßnahmen der Ver-  
 und Entsorgungsleitungen auf dem Heiligen-  
 geistfeld sind umfangreiche Arbeiten auf einer  
 Fläche von insgesamt ca. 138.291 m<sup>2</sup> geplant. Für  
 die genannten Flächen besteht gemäß der Gefah-  
 renerkennung Kampfmittelverdacht (GEKV)  
 der Freien und Hansestadt Hamburg Kampfmit-  
 telverdacht mit einer Gesamtfläche von rd.  
 65.000 m<sup>2</sup> in Form von Bombenblindgängern,  
 Bombentrichtern und konkreten Bombenblind-  
 gängerverdachtspunkten, jeweils überlagert von  
 Munitionsverdacht. Der Kampfmittelverdacht  
 soll im Vorfeld der Sanierungsarbeiten – soweit  
 wie möglich – ausgeräumt werden. Die Arbeiten  
 werden planmäßig in den Pausen zwischen Früh-  
 jahrsdom und Sommerdom sowie zwischen Som-  
 merdom und Herbstdom in den Jahren 2016 bis  
 2023 ausgeführt werden. Es stehen pro Jahr ins-  
 gesamt ca. 80 Arbeitstage für die Ausführung zur  
 Verfügung.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge  
 (CPV)  
 Hauptgegenstand: 45111210
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen  
 (GPA)  
 Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-  
 men (GPA): ja
- II.1.8) Lose  
 Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote  
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
 – Rückbau vorhandener Oberflächenbefestigun-  
 gen (z.B. Asphalt, Natursteinpflaster, Beton-  
 pflaster, Schotter/Grant etc.) auf einer Fläche  
 von rd. 65.000 m<sup>2</sup>, Anteil Asphaltflächen rd.  
 45.000 m<sup>2</sup>.  
 – Sondierung und Räumung von Kampfmittel-  
 verdachtsflächen (z.B. Bombenblindgänger-  
 verdachtsfläche, Munitionsverdachtsfläche)  
 mittels verschiedener, in der Freien und Han-  
 sestadt Hamburg zugelassener Verfahren (z.B.  
 Bohrlochsondierung, Volumenräumung etc.),  
 Kampfmittelverdächtige Fläche rd. 65.000 m<sup>2</sup>,  
 Aushub und Wiedereinbau im Zuge der  
 Munitionsverdachtsflächenberäumung etwa  
 100.000 m<sup>3</sup> feste Masse.  
 – Freilegung von detektierten Störkörpern/  
 Kampfmitteln oberhalb des Grundwasserspie-  
 gels.  
 – Geländeprofilierung; Bodenhandling auf der  
 Baustelle (z.B. Sortieren, Aufhalden, Zwi-  
 schentransportieren, verdichteter Bodenein-  
 bau).  
 – Rückbau unterirdischer Leitungen und reli-  
 kti-scher Bausubstanz.

- Wiederherstellen der Oberflächenbefestigung (z. B. Asphalt, Schotter/Grant) auf einer Fläche von rd. 65.000 m<sup>2</sup>, Anteil Asphaltflächen rd. 25.000 m<sup>2</sup>.
  - Einrichten und Betreiben von Immissions-schutzeinrichtungen.
- II.2.2) Angaben zu Optionen:  
Optionen: nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung  
Laufzeit: 96 Monate ab Auftragsvergabe

### **ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:  
Siehe spätere Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:  
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen  
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. IV.3.1), einzureichen. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z. B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, sämtliche/folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen. Des weiteren ist eine Erklärung des anderen Unternehmens vorzulegen, mit dem dieses sich verpflichtet, für den Fall der Auftragserteilung an die Bewerberin bzw. den Bewerber, genau anzugebende Leistungen zu erbringen. Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderte Erklärungen und Nachweise gem. VOB sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige

Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit  
Siehe Bewerbungsformblatt; Sie finden das Bewerbungsformblatt auf <http://www.hamburg.de/bsw/bsw-ausschreibungen/>

sowie folgende Angaben:

1. Rechtsverbindlich unterzeichnetes Anschreiben, mit dem die Richtigkeit der Angaben im Bewerbungsformblatt und den Anlagen bestätigt wird.

2. Vollständig ausgefülltes Bewerbungsformblatt (nicht zutreffendes ist zu streichen, Nulleintragungen etc.), inkl. Unterschrift

3. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied der Berggemeinschaft: Rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung, dass das Unternehmen im Register gemäß § 10 Absatz 2 der KampfmittelVO der FHH gelistet ist und eine Erlaubnis nach § 7 SprengG besitzt und somit von der Feuerwehr Hamburg – KRd – zur Sondierung und Räumung von Kampfmitteln im Landbereich zugelassen ist.

4. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied der Berggemeinschaft: Rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung und Darlegung, ob und auf welche Art der Bewerber wirtschaftlich mit anderen Unternehmen verknüpft ist.

5. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied der Berggemeinschaft: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung – auch für Schäden durch Kampfmittel.

6a. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied der Berggemeinschaft: Die nachfolgend aufgeführten Eignungsnachweise sind einzureichen:

6a.1) Bescheinigung Berufsgenossenschaft

6a.2) Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt

6a.3) Freistellungsbescheinigung Finanzamt

6a.4) Bescheinigung Krankenkasse

6a.5) Eintrag Handelsregister/Berufsregister

6a.6) Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 Absatz 1, 2 und 4 SektVO vorliegen, nicht älter als 1 Jahr

oder

6b. Angaben zur Präqualifikation (Kopie der aktuellen und gültigen Präqualifizierungsbestätigung mit Angabe der Leistungsbereiche und Registriernummer).

Sind die unter 6a. geforderten Nachweise und Erklärungen nicht in der Präqualifikation enthalten, so sind zur Vervollständigung Teilnahmeantrag beizufügen.

7. Für den Fall einer Berggemeinschaft: Eine durch alle Mitglieder der Berggemeinschaft unterschriebene Handlungsvollmacht für einen Vertreter/Ansprechpartner der Berggemeinschaft zur Vornahme aller Rechtshandlungen im Rahmen dieses EUTEilnahmewettbewerbs.

8. Eignung eingesetzter Detektoren nach Punkt 5.1 der TA-KRD der FHH. Für die durch den Bewerber/die Bergewerkschaft einsetzbare Fluxgate 3-Achs-Magnetometer sind entsprechende Datenblätter sowie deren Nachweis der Eignung nach Punkt 5.1 der TA-KRD der FHH einzureichen.
9. Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 6 EG Abs.4 vorliegen.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:  
Siehe Bewerbungsformblatt; Sie finden das Bewerbungsformblatt auf <http://www.hamburg.de/bsw/bsw-ausschreibungen/>
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:  
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –  
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

#### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Nichtoffen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:  
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5  
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:  
Gem. Ziff. III 2.1), III 2.2) und III 2.3). Die am besten geeigneten Bewerber (mind. 3 max. 5) erhalten nach Auswertung der Teilnahmeanträge detaillierte Ausschreibungsunterlagen und werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die übrigen Bewerber erhalten eine Information über die Nichtberücksichtigung im weiteren Vergabeverfahren.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:  
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion  
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

#### IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: ÖT-ABH4-397/15
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –  
Kostenpflichtige Unterlagen: nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:  
15. Dezember 2015, 10.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können  
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

#### ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**  
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**  
Fragen zum Teilnahmewettbewerb sind schriftlich per E-Mail an die Adresse „[eroeffnungsstelle@bsw.hamburg.de](mailto:eroeffnungsstelle@bsw.hamburg.de)“ zu richten. Der Teilnahmeantrag ist schriftlich in Papierform im A4-Ordner mit Register einzureichen. Der Umschlag mit dem Teilnahmeantrag ist außen mit dem Hinweis „ÖT-ABH4-397-15-Heiligengeistfeld-Kampfmittelsondierung“ zu versehen.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:  
Offizielle Bezeichnung:  
Freie und Hansestadt Hamburg,  
Vergabekammer der  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
Postanschrift:  
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,  
Deutschland  
Telefax: +49/40/428 40-20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen  
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsver-

fahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

6. November 2015

#### ANHANG A

##### SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen: –**

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:**

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Eröffnungsstelle Zimmer E.01.421

Zu Händen von Vergabestelle

Hamburg, den 9. November 2015

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen** 928

#### Öffentliche Ausschreibung

a) SBH | Schulbau Hamburg,  
U 40 Einkauf/Vergabe,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Telefon: 040/42823-6294,  
Telefax: 040/42731-0143,  
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Ebelingplatz 9, 20537 Hamburg

f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 65/15 S**

Es handelt sich um den Umbau und die Sanierung von Haus 1 (denkmalgeschützt) einer beruflichen Schule im Hamburger Stadtteil Hamm.

Umbau von EG und I. OG für die Verwaltung, Sanierung Fassaden, Fenster, Böden, Decken, Wände. Erneuerung TGA. Schaffung 2. baulicher Rettungsweg durch neuen Treppenturm mit Aufzug. Die BGF beträgt ca. 2.000 m².

Die Arbeiten finden im engen örtlichen Kontext zur Schule statt, das Gebäude wird während der Bauphase geräumt.

– **Los 1 Gewerk Tischlerarbeiten – Möbel**

– **Los 2 Gewerk Tischlerarbeiten – Innentüren**

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

g) Entfällt

h) **Los: 1 Gewerk Tischlerarbeiten – Möbel**

Leistungsumfang:

Diverse Einbauschränke, wie z.B.

– 14 Stück 1,20 x 2,98 x 0,60 m

– 3 Stück 1,20 x 2,98 x 0,50 m

– 2 Stück 0,90 x 2,98 x 0,50 m

– 2 Stück 0,90 x 2,98 x 0,40 m

– 9 Stück 1,84 x 2,98 x 0,60 m

Küchenzeile

– 3 Stück Stehtresen 2,30 x 0,390 x 1,0 m

**Los 2: Gewerk Tischlerarbeiten – Innentüren**

Leistungsumfang:

Diverse Innentüren, inkl. Zarge, Beschlag, Türstopper, wie z. B.

– 12 Stück Innentüren mit Lichtausschnitt 1,135 x 2,135 m

– 9 Stück T30 RS Türen 1,135 x 2,0135 m

– 11 Stück 2-teilige Innentüren 0,76 x 2,135 m

– 1 Stück F 90 Tür

Angebote sind für die Lose einzeln abzugeben. Es ist möglich, für ein, mehrere oder alle Lose Angebote abzugeben.

Bzgl. der Abforderung der Unterlagen beachten Sie bitte Buchstabe l).

i) Baubeginn: Januar 2016

Bauende: Februar 2016

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 11. November 2015 bis 2. Dezember 2015, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro pro Los

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist NICHT möglich.

Empfänger:

SBH Schulbau Hamburg,

IBAN DE 252 00000000020101529,

BIC MARKDEF1200,

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,

Verwendungszweck: SBH VOB Ö 65/15 S

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen und beachten, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bitte Anforde-

rungsschreiben zusammen mit dem Zahlungsbeleg an die Anschrift unter Buchstabe a) per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen. Auf der Anforderung bitte die Belegenheit, das Gewerk und die Vergabenummer angeben.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 3. Dezember 2015, für Los 1 bis 10.00 Uhr, und für Los 2 bis 10.30 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:  
SBH | Schulbau Hamburg,  
U 40 Einkauf/Vergabe,  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote finden statt am 3. Dezember 2015, für Los 1 um 10.00 Uhr und für Los 2 um 10.30 Uhr.  
  
Anschrift: siehe Buchstabe o).  
Bei der Submission zugelassene Personen:  
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer

oder

- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate),
- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014),
- mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 2. Januar 2016.

- w) Beschwerdestelle:

FB SBH | Schulbau Hamburg,  
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin  
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,  
Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 10. November 2015

**Die Finanzbehörde**

929

## Sonstige Mitteilungen

### **Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A**

**DESY-Ausschreibungsnummer: C2072-15**

- a) **Auftraggeber:**  
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY  
Haus- und Lieferanschrift:  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg  
Briefpost: 22603 Hamburg  
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
- b) **Vergabeverfahren:**  
Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.
- c) **Elektronische Auftragsvergabe:**  
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.
- d) **Art des Auftrags:** Einheitspreisvertrag
- e) **Ort der Ausführung:**  
Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg.
- f) **Art und Umfang der Leistung:**  
Schlüsselfertige Ausführung von zwei Kontrollhütten im Sektor PETRA III Extension Ost

Umfang/ Beschreibung der Leistungen:

- Fertigung und Aufbau von zwei Kontrollhütten
- Planung, Bemessung, Statik

- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** Entfällt

- h) **Losweise Vergabe:**

Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.

- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**

Beginn der Ausführung: spätestens 50 Werktage nach Zugang des Auftragsschreibens.

Ende der Ausführung: abnahmereif fertig zu stellen innerhalb von 40 Werktagen nach dem Ausführungsbeginn.

- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2072-15:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,  
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,

1924

Dienstag, den 17. November 2015

Amtl. Anz. Nr. 90

Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09  
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt

m) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 21. Januar 2016 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 22. Januar 2016 versendet.

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Dienstag, den 26. Januar 2016 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

**DESY C2072-15**

**Angebotstermin: 26. Januar 2016,**

**Uhrzeit: 10.00 Uhr**

per Briefpost/Boten zu richten an:

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY**

**Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg**

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Am Dienstag, dem 26. Januar 2016 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein. Die jeweils erforderliche Vollmacht ist zum Termin mitzubringen.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) **Zahlungsbedingungen:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

**Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen:** Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

**Eignungsnachweise:** Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuches Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 30 Tage nach Angebotsfrist.

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 10. November 2015

**Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY**

930